



## **Fachveranstaltung „Frau Leben Freiheit“ – Unterstützung der feministischen Frauenrevolution im Iran** vom 25.01.2023 im Berliner Abgeordnetenhaus

### **Frauenrechte sind Menschenrechte. Menschenrechte sind unteilbar!**

Seit dem Tod der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini Mitte September 2022 riskieren die mutigen Demonstrierenden auf den Straßen Irans Tag für Tag ihre Freiheit und ihr Leben. Nach 43 Jahren der staatlichen Repression und Willkür zielen ihre Forderungen „Frau Leben Freiheit“ darauf ab, dass iranische Regime zu stürzen und einen freien Iran zu errichten. In Deutschland fordern wir als iranische Frauen- und Menschenrechtsaktivist:innen sowie Frauenrechtsorganisationen härtere Sanktionen gegenüber dem iranischen Regime und regimenahe Organisationen, Unterstützung der iranischen Bevölkerung sowie einen besseren Schutz der hier lebenden Exil-Iraner:innen und Geflüchteten. Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. (ÜPFI) unterstützt die Proteste und den Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit der iranischen Frauen. Der Mut und die Beharrlichkeit der iranischen Frauen, die sich der Willkür des sogenannten Sicherheitsapparates im Iran widersetzen, haben unsere volle Solidarität.

Die Überparteiliche Fraueninitiative organisierte in Zusammenarbeit mit einer Expert:innenrunde aus 12 Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen und fünf Organisationen die Fachveranstaltung „Frau Leben Freiheit“ – Unterstützung der feministischen Frauenrevolution im Iran. Als Kooperationspartnerinnen haben u.a. Frauen für Freiheit e.V., TERRE DES FEMMES e.V. und Demokratielotsen e.V. mitgewirkt, die u.a. den zweiseitigen Fragenkatalog für alle demokratisch gewählten Parteien in Berlin als Basis für den Fachaustausch erarbeitet haben. Alle Parteien haben ihre Positionen und Antworten auf Anfrage zugesandt.

Die Präsenz-Veranstaltung konnte aufgrund eines technischen Versagens leider nicht aufgenommen und ins Netz gestellt werden, so dass einzelne Beiträge der Podiumsteilnehmer:innen und das Statement des Filmemachers Omid Mirnour daher zusätzlich veröffentlicht werden.

Mit 126 Vertreter:innen aus Politik und Fachverwaltung, aus iranischen & afghanischen Communities, Migrant:innenorganisationen, Akteur:innen der Flüchtlingsarbeit, Netzwerken, Initiativen und Zivilgesellschaft wurde über konkrete Forderungen zum Schutz und Unterstützung der iranischen Protestierenden, die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund und den Zugang zu säkularen Beratungsstellen gesprochen. Darüber hinaus wurden die Erfahrungen aus Afghanistan einbezogen und auf die dortige Problematik und Frauenrechtsverletzung und dem verhinderten Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe beleuchtet und eine dringende Einflussnahme seitens der afghanischen Podiumsteilnehmerin Arezao Naiby deklariert.

Die Veranstaltungsmoderatorin, Frauenaktivistin und Juristin Sybill Schulz betonte in der Pressemitteilung zuvor: „Die iranische Frauenprotestbewegung hat den längst überfälligen Stein mutig und entschlossen ins Rollen gebracht, die Situation der Frauen im Land zu verbessern, Gleichberechtigung und Mitbestimmung einzufordern. Ihnen gilt unsere volle



Solidarität und Unterstützung im weiteren Befreiungskampf. Zugleich wollen und müssen wir aus den Fehlern in Afghanistan lernen.“ Die iranische Menschenrechtsaktivistin Daniela Sepehri bekräftigte: „Wir werden Zeug:innen einer Revolution. Menschen versuchen, friedlich ein Terror-Regime zu stürzen, gehen für Frau, Leben und Freiheit auf die Strasse und werden niedergemetzelt. Es ist unsere Pflicht, hinzugehen und Öffentlichkeit zu schaffen und die Schallverstärker der Menschen im Iran zu sein.“

In der ersten Podiumsrunde wurde mit Aktivistin Gilda Sahebi, mit Staatssekretärin für Gleichstellung Armaghan Naghipour, mit der Journalistin Arezao Naiby, mit Elif Eralp, Abgeordnete und Sprecherin für Migration, Partizipation und Antidiskriminierung der LINKEN, und mit Dr. Maren Jaspar-Winter als Sprecherin für Frauen, Integration, Arbeit und berufliche Bildung in der FDP-Fraktion, die sich zugleich als Mitglied des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für Frauen und Menschenrechte einsetzt, diskutiert.

Sehr dezidierten Einblick in die aktuelle Situation im Iran - in den Städten und im ländlichen Raum - gab die iranisch-deutsche Journalistin, Ärztin und Autorin Sahebi, deren Buch „Unser Schwert ist Liebe - die feministische Revolte im Iran“ am 8. März erschienen ist. Winter äußerte sich zur gesetzlichen Anerkennung geschlechtsspezifischer Gewalt als Asylgrund und bemängelte die bislang fehlerhafte und nicht ausreichend implementierte Umsetzung. Naiby erinnerte an das lückenhafte und nicht zufriedenstellende Aufnahmeprogramm von ehemaligen afghanischen Ortskräften und hinterfragte, warum bislang so wenige Ortskräfte in Sicherheit sind.

In der zweiten Podiumsrunde mit Berliner Integrationsbeauftragte Katarina Niewiedzial, mit der Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Dr. Bahar Haghanipour, mit Aktivistin für Feminismus und für Anti-Rassismus Daniela Sepehri, mit dem SPD-Abgeordneten Orkan Özdemir, Sprecher für Antidiskriminierung, für Strategien gegen Rechts, für Religion und für Integration sowie mit Björn Wohlert, Abgeordneter und Sprecher der CDU-Fraktion für Sozial- und Integrationspolitik & Bundesangelegenheiten konnte an die Aussagen angeknüpft werden und auf die dringende Handlungsnotwendigkeit von Berliner und Bundesebene aus hingewiesen werden.

Sepehri, als iranische Organisatorin der politischen Patenschaften und Veranstalterin von Kundgebungen zum Iran, berichtete von der nicht nur symbolischen Bedeutung der Patenschaften und dass bereits 33 inhaftierte bzw. verurteilte Personen freigelassen worden sind. 330 Abgeordnete in Deutschland haben bereits Patenschaften übernommen, u.a. die anwesende frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN und Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses. Die Forderung nach Aufnahme des iranischen Regimes auf die EU Terrorliste wurde sehr deutlich unterstrichen und die anwesenden Politiker:innen zur Unterstützung aufgerufen.

Die Berliner Integrationsbeauftragte erörterte die Programme und Projektmaßnahmen, die durch den Berliner Integrationsfonds gefördert werden und auch den Exiliraner:innen als Beratungsangebote zur Verfügung stehen, u.a. die unabhängige Asylverfahrensberatung. Das Islam-Forum wurde als ein Gremium für den kontinuierlichen Fachaustausch auf Augenhöhe erwähnt, wenngleich von einzelnen Teilnehmenden in seiner Wirkungsweise kritisiert worden ist. Niewiedzial berichtete von ihren Planungen bzgl. Runder Tische zum Thema Iran unter



Einbeziehung der iranischen Community, die sie als Ombudsfrau gemeinsam mit Haghanipour und Naghipour einrichten wird, um Öffentlichkeit zu schaffen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln.

Es wurde von Community-Vertreter:innen und aus den Beratungsstellen von Engpässen beim Dolmetschen, nicht ausreichend geschulten und farsisprechendem Personal, von nicht vorhandenen mehrsprachigen Formularen in Behörden, von der Überlastung der Sozialdienste in den Unterkünften berichtet und auf die Notwendigkeit einer Anlaufstelle für bedrohte Menschen hingewiesen.

Özdemir informierte als Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung u.a. über Berliner Anstrengungen der vergangenen Jahre hinsichtlich verbesserter Sicherheitsmaßnahmen, Umstrukturierung des Verfassungsschutzes, Erhöhung der Spionageabwehr und Ausbau von Abwehrzentren. Er verwies ebenso auf den notwendigen Abschiebestopp von Exil-Iraner:innen und die gemeinsame Stellungnahme der rot-rot-grünen Landesregierung als klares Signal der Unterstützung.

Darüber hinaus gab es Hinweise von Teilnehmenden, dass der Schutz bei Demonstrationen in Berlin nicht ausreichend gewährt sei, so auch Wohlerth explizit artikuliert, und die Idee einer task force realisiert werden sollte.

Und zur Frage der Asylpolitik der Zukunft wurde sehr angeregt debattiert und die nicht akzeptablen Differenzen in den Ansprüchen und Rechten von Geflüchteten seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und der erstmaligen Anwendung des Schutzstatus „Kriegsflüchtling“ kritisch hervorgehoben. Vielmehr sollten diese erweiterten Ansprüche – anstatt einer Diskriminierungsverschärfung - für alle gelten und als perspektivische „Blaupause“ für Schutzsuchende infolge Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Gewalt u.a. angewandt werden.

Auf die Frage, ob es ein Bundes- oder Landesprogramm IRAN analog zu Afghanistan braucht, haben insbesondere das Publikum und die iranisch-afghanischen Aktivist:innen mit einem deutlichen JA geantwortet und betont, dass dieses zeitnah zu entwickeln und umzusetzen ist.

In den Community Talks mit den iranischen Aktivist:innen Dena Rostamzadeh, Nima Najafi Hashemi, mit Geschäftsführer des Vereins iranischer Flüchtlinge in Berlin Hamid Nowzari, der Geflüchteten-Koordinatorin im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Forouzan Forough und weiteren iranischen Menschenrechtsaktivist:innen wurden deren unterschiedliche Perspektiven gemeinsam mit Teilnehmenden vor und nach beiden Podiumsrunden diskutiert und im Austausch darauf Bezug genommen. Der iranische Filmemacher Omid Mirnour berichtete zudem sehr emotional von der Entstehung seines satirischen Films „Korruption auf Erden“: „Ich habe noch nie ein Herzensprojekt wie dieses gehabt und der Film war für mich ein Befreiungsschlag, meine Meinung gegenüber dem iranischen Regime nicht mehr zurückhalten zu müssen.“

Elke Herer, Ehrenvorsitzende der ÜPFI, wies in der Debatte daraufhin, dass es zwischen Deutschland und dem Iran seit 1929 ein Niederlassungsabkommen gibt, das im Jahr 1954 durch die Bundesrepublik Deutschland bestätigt wurde. Darin werden „auf gegenseitiger Basis Festlegungen zum Personen-, Familien- und Erbrecht getroffen. So bleiben Angehörige jedes der vertragsschließenden Staaten im Gebiet des anderen Staates jedoch den Vorschriften



ihrer heimischen Gesetze unterworfen.“ Da wir auf dieser Tagung über die Rechte der iranischen Frauen und ihrer Gleichstellung diskutieren, müsste diese Vereinbarung einmal juristisch untersucht werden. Denn gerade beim Erbrecht u.a. Festlegungen scheint es tatsächlich noch heute nachteilige Auswirkungen auf hier lebende iranische Frauen zu geben. Da die Frauen aber einen unterschiedlichen Aufenthaltsstatus haben, gibt es auch eine unterschiedliche Betroffenheit.

Es blieben am Ende einige Fragen offen, wie bspw. die Bewertung und von einzelnen Teilnehmenden geforderte Schließung des Islamischen Zentrums Hamburg und des Al-Mustafa-Institutes sowie ob das bestehende Angebot von (säkularen) Beratungsstellen für Frauen in Berlin diskriminierungssensibel sei. Zugleich mahnten Teilnehmende und Wohlernt an, als Senat nur solche iranischen Organisationen zum Dialog einzuladen, die Teil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein wollen. Die Dimensionen des ideologischen Einflusses durch das iranische Regime und islamistischer Organisationen aus dem Ausland auf Deutschland und Berlin konnten nicht klar benannt werden.

Mit ihrem künstlerischen Wirken untermalte die Sängerin und Pianistin Cymin Samavati, Preisträgerin des deutschen und Berliner Jazzpreises, die Thematik sehr eindrücklich.

Das anschließende Get together wurde trotz der langen Diskussionen als Raum zum Kennenlernen und vertieften Austausch bis 23 Uhr genutzt.

Ein Fazit während und nach der Fachveranstaltung **„Frau Leben Freiheit“ – Unterstützung der feministischen Frauenrevolution im Iran** konnte deutlich wahrgenommen werden: es braucht neben Kampagnen, Demonstrationen, Petitionen, Social Media Aktivitäten auch diese Art von direktem, analogen Fachaustausch zur Sichtbarmachung der drastischen Menschenrechtsverletzungen im Iran, zur Sensibilisierung, zur Aufklärung und als klares Zeichen der Solidarität aus Deutschland. Ausdrücklich benannt wurde, dass der politische Druck auf das iranische Regime erhöht und dass das Umgehen von Sanktionen verhindert werden sollte. Und es brauche eine ungehinderte Visabeschaffung für Iraner:innen und deren Fluchtmöglichkeit in Nachbarländer und nach Deutschland, die uneingeschränkte Duldung als Aufenthaltsberechtigung in und eine verstärkte Aufklärungs- und Bildungsarbeit über den Iran und seine Menschenrechtsverletzungen.

Die Veranstaltung war eine Herausforderung und zugleich ein großer Erfolg aufgrund der enormen Beteiligung, vor allem auch der iranischen Community, der vielen Danksagungen und des artikulierten Interesses am weiteren Austausch, an der Realisierung von Maßnahmen und Bündelung von Informationen und Hilfeleistungen für Iraner:innen in Berlin und im Iran selbst.

Sybill Schulz

Erw. Vorstand Überparteiliche Initiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.